

Politische Uebersicht.

Salz (Saale), 6. April 1914.

Einen Druck auf den Reichstag.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung beschäftigt sich in ihrem Wochenrückblick auch mit der Frage, ob der Reichstag geschlossen oder verlagert werden wird. Einleitend bemerkt das Organ Weismann Hollwags, man müsse davon ausgehen, daß die Verfassung die Schließung als Regel, die Verlegung als Ausnahme hinsetzt; weiser sei zu prüfen, was etwa in dem gegenwärtigen Stande der parlamentarischen Arbeiten der Reichstag wiederpricht und die Ausnahme empfiehlt. Der Reichstag habe vom 25. November 1913 bis zum 27. März 1914 69 Sitzungen abgehalten. Davon entfielen 48 Sitzungen auf den Etat, 11 auf die Beratung von anderen Regierungsvorlagen, 7 auf Interpellationen, 2 auf Initiativanträge, 5 auf Resolutionen. Aus der vorangegangenen Arbeitsperiode habe der Reichstag neben einer Anzahl von Rechnungen und Verdicten 8 Gesetzentwürfe übernommen, von denen bis jetzt 2 erledigt sind. Seit der Vertagung am 30. Juni 1913 bis zu den Osterferien wurden 21 Gesetzentwürfe eingebracht und davon 7 erledigt. Gegenüber diesem Gang der Reichstagsgeschäfte erhebe der Appos des Abgeordneten Weismann an die Selbstkritik der Fraktionen beachtenswerten Wert. Der Reichstag habe die Verpflichtung, Selbstbeschränkung zu üben und die Länge und Zahl der Reden einzuschränken.

Diese Schlußfolgerung der Volkvertretung wird allgemein untrüglich. Man verziehe den Reichstag früher ein, dann kann er mehr erledigen. Das Manizlerlatz schlägt: „Im vorliegenden Falle wird der Reichstag früher, wie wir glauben, die Entscheidung des Reiches erst herbeiführen, wenn sich das Ergebnis der Reichstagsverhandlungen genauer übersehen läßt. Darüber, was in diesem Jahre nach Oben noch erledigt werden soll, wird sich hoffentlich eine Verständigung zwischen der Regierung und den Parteien erzielen lassen. Findet dann noch der Appell an die Selbstbeschränkung in den Debatten Gehör, so wird der Reichstag nicht ungewöhnlich lange auf dem Beginn der Sommerpause zu warten brauchen.“

Als in der Reichstagsarbeit fortgeschritten, arbeitet er gut, so wird ihm die Regierung ihre Anerkennung nicht verweigern. Es wäre ein Skandal, wenn der Reichstag dieser Drohung folgte.

Parteiführer und Geschäftsmacher.

Die Süddeutsche Konserervative Korrespondenz hat kürzlich erzählt, in welchem Maße sich die Ausschüßsstellen bei liberalen Politikern häufen, wie der Multimillionär K a e m p mit einigen anderen Genießungsgenossen das Defizit von 180 000 Mark eines freijünglichen Walfasses jährt und der Wg. W e s s e r m a n n das 19fache Ausschüßmitglied, von seinem Einkommen 120 000 M. für die Partei opfert, woraus sich sein überragender Einfluß in der nationalliberalen Partei erklären läßt.

Die Nationalliberalen Korrespondenz zögert nicht, den Konservativen nun ihre kapitalistischen Sünden vorzuhalten:

„Sie näher wieder es aber für das konserervative Organ liegen, sich mit den „großkapitalistischen“ Dingen in eigenen Lager zu befassen. Die Deutsche Tageszeitung hat nach Beschlag aller 21 Stunden u. a. nach 84 000 M. an Vorstand und Ausschüßmitgliedern bezahlt, und nach einer Dividende von 10 800 M. ein Jahr, den konserervative Generalsekretäre K i n g e als 0. a. u. n. e r b i t — bei anderen Gesellschaften natürlich — bezeichnet hat, Vielesicht äußert sich das konserervative Organ auch einmal auf die Behauptung des Stuttgarter Beobachters, daß der Bund der Landwirte und seine leitenden Personen nach Millionen und Abermillionen in Kapitalgesellschaften finanziell beteiligt sind, und daß sie Geschäftsteilhaber für gelieferte Arbeiten sind Wargeld Obligationen, z. B. von Welsdorf, in Zahlung geben, die heute kaum zu 64 Prozent anbringlich sind. Das sind doch genug Dinge, mit denen sich die unentwegten Gegner des Großkapitals eigentlich beschäftigen müßten, ansonsten man ihnen sagen muß, daß ihr ganze moralische Entziehung dieser parteipolitische Waffenschere ist.“

Der ganze Epistatell befindet wieder, wie eng alle bürgerlichen Parteien mit den Interessen des Wertes verknüpft sind.

„Seid einig, seid doch einig!“

In der Köln. Zeitung nimmt W a s s e r m a n n das Wort zu den Einigungsbestrebungen in der Reichstagskommission. Er zitiert, wie berichtet, niemals habe er einen so feinen Willen zur Einigkeit und Geschlossenheit empfunden, wie in der letzten Sitzung des Zentralvorstandes: „Der feste Wille des Zusammenlebens nach den Wünschen des Reiches Abgeordneten und anderer konservativer Behördenpater unermattet gekommen und nicht minderswert sein. Die Spekulation auf die sogenannte reinliche Scheidung der rechts- und linksstehenden Elemente muß endgültig begraben werden. Wir haben weder Lust, demokratisch noch konservativ zu werden. Die Weisheit des Zentralvorstandes scheidet die Partei weder nach rechts, noch nach links, sondern vorwärts. Wir bleiben, was wir sind.“

Großartig! Wir waren Viel und wir bleiben Viel! Nur ja keine feste Entscheidung! Unsere Parole ist: immer mitten zwischen den Feinden!

Den Konservativen wirt Wassermann politische Ungezogenheit vor, weil sie die nationale Meinung der Nationalliberalen in Zweifel ziehen. Die Einigkeitstendenz der Konservativen, die sich immer mehr zu einer Klassenpartei teils charakteristischen Charakteres umgewandelt hätten, schlief nicht mehr für das in glänzender Entwicklung befindliche Deutschland. Er schließt seinen Artikel mit Wahnungen zur Einigkeit, sagt aber:

Leider macht man oft auch die Erfahrung, daß mancher, der in seiner Jugend oft radikal oder sehr jungliberal war, sich im Alter als rechtsgerichteter Schriftsteller bedient, und gerade seine frühere Richtung besonders intensiv befaßt, wie man umgekehrt in der radikalen Presse Nerven findet, die ihre nationale Vergangenheit verleugnen, heute unsere Mittelpartei aufs äufschärft befaßt. Alle diese falschen politischen Erscheinungen des modernen politischen Lebens geben ein falsches Bild. Die überwältigende Menge unserer Parteifreunde will in Frieden unter sich leben und ist der Meinung, daß es so viel Stoff gibt, der außerhalb unfers eigenen Parteilebens liegt, daß wir uns nicht gegenseitig die Reden nicht auszurufen brauchen.

Wassermann hat freilich alle Ursache zu solchen Wahnungen, denn er Frieden haben will, aber mühen werden sie nichts. Der Bestand des Landesverbandes der württembergischen Jungliberalen hat eben erst wieder beschlossen, unter keinen Umständen die eigene jungliberale Organisation aufzugeben. Diese Zerstückelungskämpfe werden den Nationalliberalen nie erspart bleiben, da sie einfach die Folge des „Bavariens zwischen rechts und links“ sind. Für die Kolonialisten ist fast jeder viel Ergetendeb.

Deutsches Reich.

— Die preussischen Steuerumlagen bleiben. Seit Jahren wird ein Ausblick auf preussischen Einkommensteuern erhoben. In und außerhalb des Reiches ist schon oft gegen den Generalplan angefaßt worden; bisher vergebens. Eine Novelle zum Einkommensteuergesetz sollte die Aufgabe in den normalen Steuern hinüberheben, aber die Novelle ist nicht mehr zu erwarten, man erwartet nun, daß die letzte Erleichterung des Vermögens und der Einkommen, die durch den Generalplan zugute getreten ist, eine Befreiigung der Steuerumlage zur Folge haben wird. Die preussische Regierung läßt aber neuerdings in den Verh. Prot. Nachrichten öffentlich erklären, daß auch unter den Steuerumlagen von einer übermäßigen Belastung der Bevölkerung nicht gesprochen werden könne. Die Frage der Aufhebung der Steuerumlage sei solange unzulässig, als nicht eine Reform des Einkommensteuergesetzes eintrete. Es erhebe daher zweifelslos, in diese Diskussion über teilweise oder vollständige Befreiigung der Steuerumlage einzutreten, denn nicht die Voraussetzungen einer organischen Reform der direkten Staatssteuern erfüllt sein.

— Der Brief Wilhelm II. an die Landgräfin von Hessen, in dem er diese vor dem Hebrerit zum Katholizismus warnte, ist, wie die Nordd. Allg. Ztg. mitteilt, jetzt nach der hinterlassenen Anweisung des Kardinals Kopp der Landgräfin wieder zugestellt worden. Das ist natürlich dem Reichstag.

Gegenüber den letzten Mitteilungen, die über den Inhalt des Briefes berichtet worden, ist zu beklagen, daß der Brief keineswegs Anspruch irgendwelcher Art über den katholischen Glauben, die katholische Kirche oder die Katholiken und die Stellung des Kaisers zu ihnen enthält. Alle die gegnerischen in der Presse verbreiteten Angaben sind aus der Luft gegriffen. Niemand weiß, der Kaiser vor dem Kaiser, eine Privatangelegenheit unter größter Entschuldung des Sachverhalts an die Öffentlichkeit gesetzt, damit den konfessionellen Frieden gefährdet und dem Kaiser leichtfertig eine ihm fremde, feindselige Mißhandlung des Katholizismus angedichtet zu haben.

Die kirchlichen Blätter, denen der Kaiserbrief in letzter Zeit interessanter Unterhaltungsstoff war, werden auf diese offizielle Mißhandlung, die übrigens reichlich lange hat auf sich warten lassen, antworten müssen. Oder war ihre Enttäuschung über den Kaiserbrief nicht völlig grundlos?

— Ein Vorrat, der sich nicht füt — Hier! Das Konstruktum in Kiel hat neben der Vork. B. Anderlin in Solblich in Hochelien das Disziplinärverfahren eingeleitet. Dem Vorrat wird seine Disziplinärverfahren zum Vorrat gemacht.

— Am Breich gegen Leutnant Forstner wegen Verführung einer Wirtin gehten hat am Sonnabend das Oberste Gericht eine Entscheidung gefällt. Der habsbische Arbeiter Würer klagte behauptend gegen Forstner auf Entschädigung, weil dieser seine 19jährige Tochter verführt habe. Die Klage wurde jetzt vom Gericht als unzulässig zurückgewiesen.

Seine meiste Werbung betraf den Kaufmann Forstner, der ausgehen, das minderjährige Mädchen verführte, unzulässig behauptet zu haben, einen intimen Umgang leugnete er jedoch entschieden. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

— Wieder ein Neurt durch Mißhandlungen in den Tod getrieben. Vor dem Kreisgericht der 33. Division in Wiesbaden am Sonnabend wieder eine Anzahl Soldatenhändler. Angeklagt waren drei Dragoon, sogenannte alte Leute, die zwei Weiber der 1. Division in Wiesbaden, die eine der 2. Division, die andere durch die Mißhandlungen zum Selbstmord getrieben wurde. Das Kreisgericht beurteilte den Dragoon H o r n e g e l zu drei Monaten, den Dragoon W e i n e d e zu sechs Monaten und den Dragoon S c h w a b b a d l zu neun Monaten Gefängnis. Der Kommandeur der Schwadron, Müller, wurde wegen ungenügender Vernachlässigung mit sieben Tagen Arrest bestraft.

Rußland.

Die Kämpfe in Petersburg. Der streikenden und ausgesperrten Arbeiter in Petersburg hat sich eine tiefe Erregung bemächtigt, weil die Materialwarenhandeler den Kredit kündigen. Da die Arbeiter zum größten Teil von der Hand zum Mund leben, droht eine Hungersnot auszubrechen. Die Läden werden von Polizeimannschaften besetzt, da, wie verlautet, die Arbeiter sich die Nahrungsmittel mit Gewalt verschaffen wollen. (?)

Petersburg, 4. April. Der Stadtpatrol verurteilte gestern wegen Teilnahme an den Streikdemonstrationen und wegen Abnehmens revolutionärer Nieder 32 Demonstrationen, darunter fünf Frauen, auf administrativem Wege zu je einem Monat Haft.

Den Hungerstreik erklärt haben in Petersburg die weiblichen Gefangenen, die wegen politischer Vergehen bestraft wurden. Sie verweigern die Nahrung solange beharren, bis die von ihnen der Gefängnisverwaltung übermittelten Bedingungen erfüllt worden sind. Die Gefangenen verlangen u. a. bessere Nahrung, längere Spaziergänge, die Erlaubnis, ihre Angehörigen zweimal in der Woche sehen zu dürfen und schließlich das Recht zur Benutzung einer größeren Anzahl Bücher aus der Gefängnisbibliothek.

Wiga, 4. April. In der Fabrik Brodmund streiken dreitausend Arbeiter außer den viertausend Arbeitern der geschlossenen Galoisfabrikation. In der Wajschinabril von Richard Pole streiken dreihundert und in der Rigier Drahtfabrik vierhundert Arbeiter.

Balkan.

Die albanische Wirtin. In „schweren“ Sitzungen haben die europäischen Diplomaten monatelang sich über die albanische Frage die weichen Köpfe „zerbrochen“, um sie dann mit der Errichtung eines selbständigen Fürstentums zu „lösen“. Im Grunde ist sie natürlich genau noch so ungelöst wie vorher, und was früher die europäische Türkei war: ein Herd ständiger Unruhen und ein gefährlicher Boden für internationale Konflikte und Verwicklungen. Das ist jetzt Albanien auch nach dem pompösen Einzug seines Fürsten noch immer. Schon seit Wochen befindet sich die Bevölkerung des Epirus im Aufstand gegen Albanien. Diese Bevölkerung, die griechisch ist, will sich dem weissen Reichthum der Großmacht, daß sie zu Albanien gehören soll, durchaus nicht fügen und verlangt an Griechenland angegliedert zu werden. Von griechischen Offizieren und Soldaten unterstützt, haben die Epiroten den bewaffneten Aufstand organisiert, um den Anmarsch des von Griechen besetzten Teil Epirus abzuwehren an Griechenland zu empfangen, nachdem sich Nordepirus bereits für autonom erklärt hat.

Das sind düstere Wolken, die sich über dem sorgenschweren Haupte des kaum vier Wochen alten Fürsten von Albanien aufzulösen und ihm die ganze albanische Fürstenthümlichkeit bald verheben können. Da aber etwas gegen den immer mehr um sich greifenden Aufstand geschehen muß, hat der Fürst nach vorangegangener langer Beratung mit seinen „Ministern“

jetzt die „Allgemeine Mobilisation“ angeordnet. Viel wird dabei jedenfalls nicht herauskommen, denn die ganze organisierte „Streitmacht“ des neuen Staates besteht bis jetzt eigentlich nur aus ein paar holländischen Offizieren und einigen Dutzend albanischen Gendarmen. Ob aber die „geübten Soldaten“ dem Aufste „ihres“ Fürsten so glücklich und rasch folgen werden, ist doch sehr zu bezweifeln.

So jetzt denn auch der Fürst anerkennen mehr seine Hoffnung auf das Eingreifen der Großmächte, an die er sich um Vermittlung gewandt hat. In Wien, und wahrscheinlich auch in Rom, berichtet man sich von einer Intervention der Großmacht nicht viel, und besonders in Oesterreich scheint starke Neigung zum selbständigen Vorgehen vorhanden zu sein. Daß solche Absichten bestehen, wird zwar wieder bestritten, und an amtlicher Stelle in Berlin“ sei nichts bekannt, daß Oesterreich und Italien ein Mandat zum Eingreifen übertragen werden solle. Aber ein solches Mandat hat wenig zu bedeuten. Die Neue Ära Presse schreibt allerdings auch: „Fürst Wilhelm kann sich nur selbst helfen und jede militärische Unterstützung von auswärtigen Mächten sein Untergang. Die Eingriffe der Großmächte ist verurteilt und zum Spott geworden. Niemand kann soviel Laun und Trug unter den Mächten. Das gegebene Wort wird brechen. Die amtliche Versicherung wird durch die Staatseingriffe der unverantwortlichen Personen der Parteien um ihre Wirksamkeit gebracht.“

Sieben die Dinge aber so, dann ist die Lage des neuen Fürsten allerdings wenig denkenswert, und die großmächtigen Diplomaten werden sich bald die Trümmer ihres mühsam zusammengefügten Wertes befehen können. Was aber dann? Das ist die imphalschwere Frage!

D u r o 3 0, 4. April. Nach den ersten Nachrichten aus Skopje berief der Fürst gestern abend einen Ministerrat, in dem er seine Absicht äußerte, an der Spitze der Truppenabzuziehen. Nach einer sehr langen Beratung entschied sich der Ministerrat für die allgemeine Mobilisation. Der holländische Befehlshaber in Skopje hat Gemeine in Händen, die die Bewegung in Epirus von dem griechischen Metropolit und griechischen Offizieren unterstützt wird.

Athen, 4. April. Die Agence d'Athènes meldet aus privater Quelle: Skopje ist in die Hände der Epiroten gefallen. Der Kampf gegen die Stadt begann am Mittwoch um Mitternacht. Am Donnerstag mittig wurde Skopje nach heftigem Kampf von den Aufständischen eingenommen. Wie verlautet, sind die Verluste auf beiden Seiten beträchtlich.

B a l o n a, 4. April. (Meldung des Wiener S. R. Telegraphen-Bureaus.) Laut hier eingetroffenen amtlichen Meldungen sind am 1. April nachts griechische Banden in Skopje eingedrungen und haben am 2. April früh verjagt, die albanischen Behörden zu überumpeln. Der Anschlag ist mißlungen. Die albanischen Gendarmen in der Gegend sind in die Stadt. Bei den Straßenkämpfen wurde ein holländischer Major vermundet. General Deverer zog Verstärkungen heran, wofür die Aufständischen außerhalb der Stadt die weisse Fahne hoben. Die Bevölkerung der Stadt, die zum ersten Mal den griechischen Banden Hilfe geleistet hat, wurde entlassen.

D u r a 3 0, 3. April. Aus dem nächsten Epirus sind von albanischen Regierungsteilnehmern Telegramme eingelaufen, welche befehlen, daß die albanische Gendarmen außer mit konstantischer jetzt auch mit Waffen zu kämpfen habe, die aus regulären griechischen Truppen gebildet seien. Es kämen auf Seiten der Aufständischen Geschütze und Mitralkoulen zur Verwendung, die von griechischen Artilleristen bedient würden. Da die Aufständischen von griechischer Seite fortwährende Verhärtenungen erhielten, wagten sie sich, immer mutiger werdend, nunmehr auch an größere Pläne, die von der Gendarmen nur noch mit großer Mühe gehalten wurden.

D u r a 3 0, 3. April. Nachrichten aus Epirus befehlen, daß der Gouverneur Ali Pascha an der Spitze von 2000 Mannen den bedrängten Genießungsgenossen in Skopje zu Hilfe geht ist.

Frankreich.

Nachwirkungen des Kohlenstreiks. Der Ministerrat beauftragte in einer außerordentlichen Sitzung den Justizminister, den Grad der Verantwortlichkeit der Gerichtspersonen in der Kohlen-Angellegenheit nachsprühen. Der Präsident des Generalrats anwaltschafts habe ist ins Auge gefaßt.

Amers, 5. April. Caillaux hat den an ihm gerichteten dringenden Bitten nachgehend sich entschlossen, bei den Neuwahlen am 28. April wieder zu kandidieren.

Italien.

Der Ausbruchsfall in Armenien. Den russischen Gezeiten ist es gelungen, die Kurden in einen Aufstand gegen die türkische Regierung zu treiben. In Bitlis ist es zu Kämpfen gekommen. Nach einer amtlichen Darstellung aus Konstantinopel, gelang es einem Teil der Aufständigen, die Bitlis zu belegen, während in die äußersten Stadteviertel einzudringen und sich dort zu verschanzen, er wurde aber von einer kleinen Truppenabteilung wieder hinausgeworfen. Eine Streife, die sich die Aufständigen verschafft hatten, wurde durch das Geschütze der Truppen zerstört. Fröh begannen die Truppen den Anmarsch auf die Aufständigen, die sich auf dem Semahel zusammengezogen hatten, der schließlich von dem Truppen besetzt wurde. Die Aufständigen wurden so gänzlich aus der Stadt vertrieben. Wafa Selim schickte mit drei Begleitern in das russische Konsulat. Im Innern der Stadt ist keine Blindenmutter vorgekommen. Sonnabend wurden alle Geschäfte wieder eröffnet; Mohammedaner und Christen haben Vertrauen zueinander und gehen ihrer Beschäftigung nach. Von San sind Truppen eingetroffen, sie haben die Verfolgung der Aufständigen aufgenommen. Andere Verstärkungen treffen von allen Seiten ein, um alle, welche verurteilt sind, die Ruhe zu sichern, zu befehlen.

R o m, 5. April. Der Reichstagsreform scheint auf russische Veranlassung hin auf Bajazid am Skaulos überzugehen. Die Flucht des Kurdenheerführers Selim ins russische Konsulat befestigt die Situation. Die Flucht ist zu starken Maßregeln entschlossen.

Mexiko.

Das Schicksal von Terreon. Nach einer Depesche aus Terreon hat die Garnison Velasco aus fünfzehnhundert Mann bestanden, von denen fünfzehnhundert getötet und vermundet worden sind. Die Verluste der Rebellen bei Terreon betragen fünfzehnhundert Tote und Verwundete.

In Terreon herrschen fürchterbare Zustände, eine große Anzahl Verwundete ist verdurstet oder durch Mangel an ärztliche Hilfe umgekommen. General Villa plant nach der Vernichtung der Reste der Regierungstruppen bei San Diego Monterrey und Saltillo anzugreifen. Der Sieg General Villas bei Terreon kann sich jedoch noch zu einer günstigen Wendung für die Regierung gestalten, da

Billa be
lören ha
Garrand
den f d
Schritt
werden,
lung lei
Wer l
schäft i
gangen,
nach we
und daß
Stadt ir
Seit l
gegen u
Strafen
hänglich
die viele
Das e
gleich
Gefängn
Man
hätten
das Leb
dem ob
Puffsch
Im eol
in S o
1801
1801
erfü
stünd
ungeh
Säule
6 und
zu einer
spruch
galt
wetzun
Zur
fränk
stid in
Sollse
flotten
vor sich
Unter
den Leb
Sandel
machern
in „E
Gen u
die geg
Werden,
und W
Kais
es ist
h
steiger
Zahr
1
Grati
eine b
weizern
Stid
nigen,
gahlung
den B
Wah
es bor
Stande
sie ab
Berfä
firme
Weise
die Ne
lichen
Neubun
dient
der f
sonst
weib
nicht g
in der
6 und
gliden
sorgen
Dieser
Lohn
wirkl
wollt
ihre
Influ
Kerz
Unter
Weil
Zinte
Gege
Zeit

